

Noch zwei Jahre Lohnverlust?

Es reicht: Tarifforderung voll durchsetzen! Streik vorbereiten!

Lächerliche 1,77 Prozent pro Jahr über zwei Jahre bieten die Arbeitgeber. Es müsse „konsolidiert“ werden, für Lohnerhöhungen sei kein Geld da. Mal abgesehen davon, dass es langweilig ist, jede Tarifrunde die gleiche Leier zu hören, kann man feststellen, dass sehr wohl an anderer Stelle Geld in Massen vorhanden ist: 63,2 Milliarden Euro brachten öffentliche Haushalte für Zinszahlungen in 2010 auf, immer wieder werden Milliarden von Euro für die Rettung der Profite privater Banken aufgebracht. Die Lohnerhöhung kostet rund 4,5 Milliarden Euro im Jahr. Gerade mal sieben Prozent der Zinszahlungen an die Banken.

Bei sich selbst zeigt sich die Politik auch nicht so bescheiden: Ein Wulff erhält mal eben 199.000 Euro Rente und noch weitere 280.000 Euro pro Jahr für Büro und MitarbeiterInnen. Für viele Beschäftigte im öffentlichen Dienst ist gleichzeitig das Ende der Fahnenstange erreicht. Über 130.000 Beschäftigte im öffentlichen Dienst müssen bereits einen Zuschuss vom JobCenter erhalten. Jeder zehnte Hartz-IV-Aufstocker ist somit direkt oder indirekt im Öffentlichen Dienst tätig.

Achtung Kompromiss!

Gründe die Tarifforderung voll durchzusetzen gibt es also mehr als genug. Dafür muss Druck von unten organisiert werden. Das „Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ver.di“ ist ein Angebot für KollegInnen, sich darüber auszutauschen, wie für einen kämpferischen Kurs in der Tarifaueinandersetzung gesorgt werden kann. Denn das ist dringend nötig: 2010 wurden 5 Prozent Forderung aufgestellt, heraus kamen am Ende mickrige 1,15 Prozent pro Jahr. Wir sagen deutlich: Der Kampf muss für die volle Durchsetzung unserer Forderungen geführt werden! Preissteigerung und Produktivitätswachstum werden im Jahresrhythmus berechnet, die Löhne im öffentlichen Dienst liegen bereits hinter denen in der Privatwirtschaft zurück.

Schlichtung ist kein Hebel sondern Knebel

Es besteht die Gefahr, dass die Arbeitgeber nach der



nächsten Verhandlungsrunde die Schlichtung anrufen. Das „Netzwerk“ ist gegen eine Schlichtung von Tarifkämpfen, weil es Kompromissfähigkeit durch "unabhängige Schlichter" vorgaukelt. Aufgrund des unversöhnlichen Interessengegensatzes von Arbeitgebern und Arbeitnehmern kann es keine unabhängigen Schlichter geben. Es war ein Fehler der ver.di-Führung überhaupt ein Schlichtungsabkommen zu unterzeichnen. Mitsam dem Einlassungszwang, der Geheimhaltungs- und Friedenspflicht schwächt es die Kampfkraft und ist obendrein undemokratisch. Über den undemokratischen Charakter und knebelnden Charakters des Schlichtungsabkommens gibt der Originaltext des Abkommens Aufschluss (siehe netzwerk-verdi.de)

Schwäche der Regierung nutzen – Gemeinsam kämpfen.

Mit einem vollen Einsatz unserer Kampfkraft können wir unsere Forderungen auch voll durchsetzen. Die Bundesregierung ist in der Krise und lässt sich leicht unter Druck setzen. Aber ebenso stehen die KollegInnen bei der Deutschen Telekom, in der Chemischen Industrie und in der Metall- und Elektroindustrie vor Verhandlungen. Dies wäre DIE Chance, durch zeitgleiche Streiks, gemeinsame Demonstrationen und Kundgebungen den Druck aus den Betrieben aufzubauen, um tatsächlich die massiven Reallohnverluste aus den letzten zehn Jahren zurückzuholen. Mehr noch – es wäre eine Möglichkeit, gemeinsam Stärke zu zeigen, Kampfkraft zu erproben. Das könnte der Anfang einer Bewegung gegen die Politik für Banken und Konzerne sein.

Netzwerk

für eine kämpferische und demokratische

